

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AEntG § 6 Abs 9:**

Fleischwirtschaft, Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertrag

Bundesfinanzhof Az: VII R 24/21

Handelt es sich bei einem Wursthersteller um einen Betrieb oder eine selbstständige Betriebsabteilung der Fleischwirtschaft i.S. von § 2 Abs. 1 GSA Fleisch i.V.m. § 6 Abs. 9 AEntG und verstößt er bei Zusammenarbeit mit Konzerngesellschaften und anderen Unternehmen auf Basis von Werkverträgen oder Arbeitnehmerüberlassung gegen das Kooperationsverbot gemäß § 6a Abs. 1 GSA Fleisch?

■ **AEUV Art 267:**

Zolltarif, olltarifliche und statistische Nomenklatur, Air Lounger

Europäischer Gerichtshof Az: C-635/21

Vorabentscheidungsersuchen des FG Bremen, eingereicht am 15.10.2021, zu folgender Frage:

Ist die Kombinierte Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der Fassung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2016/1821 der Kommission vom 6. Oktober 2016 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 294/1 vom 28. Oktober 2016) dahin ausulegen, dass sog. Air Lounger wie die vorliegenden und im Beschluss näher beschriebenen in die Unterposition 9401 8000 einzureihen sind?

Vorgehend: FG Bremen Urteil vom 18.08.2021 (1 K 93/19 (2))

- **AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:**
Feststellungsbescheid, Änderung, Feststellungsfrist, Folgebescheid, Festsetzungsverjähung

Bundesfinanzhof Az: IV R 19/21

Setzt der Erlass eines Feststellungsbescheids im Anwendungsbereich des § 181 Abs. 5 AO die abschließende Feststellung voraus, für welche Folgesteuern welcher Feststellungsbeteiligter der Feststellungsbescheid Bindungswirkung entfaltet und für welche Steuern welcher Feststellungsbeteiligter die Festsetzungsfrist noch offen ist?

- **AO § 233a:**
Nachzahlungszinsen, Zinssatz, Gleichheitsgrundsatz, Übermaßverbot

Bundesfinanzhof Az: III R 32/21

Ist der gesetzliche Zinssatz von 6 % p.a. verfassungswidrig im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz und das Übermaßverbot? Das Verfahren III R 25/17 war durch Beschluss vom 19.11.2018 bis zu den Entscheidungen des BVerfG in den Verfahren 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17 ausgesetzt. Das Verfahren wurde nach Beschluss des BVerfG vom 08.07.2021 wieder aufgenommen.

- **AO § 251 Abs 3:**
Feststellungsbescheid, Insolvenz, Steuerhinterziehung, Restschuldbefreiung

Bundesfinanzhof Az: VII R 23/21

Kann ein Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO mit dem Hinweis auf den Ursprung einer Forderung aus einem Strafverfahren bereits vor der strafrechtlichen Verurteilung ergehen?
 Kann das FA im Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO die Ausnahme von der Restschuldbefreiung feststellen?

- **EGRL 112/2006 Art 132 Abs 1 Buchst j:**
Steuerfreier Umsatz, Unterricht, Fortbildung, Unionsrecht

Bundesfinanzhof Az: XI R 32/21

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Supervisionsleistungen Sind Supervisionsleistungen, die an Arbeitnehmer in sozialen Berufen im Auftrag des Arbeitgebers durchgeführt werden, als Fortbildungsleistungen nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL steuerfrei? Handelt es sich bei dem Supervisor um einen Privatlehrer i.S. des Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL?
 Das Verfahren XI R 6/19 ruhte gemäß Beschluss vom 04.03.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **EGRL 112/2006 Art 63:**
Uneinbringlichkeit, Ratenzahlung

Bundesfinanzhof Az: V R 37/21

Ist bei einer Ratenzahlungsvereinbarung bei Erstreckung der hinausgeschobenen Fälligkeit über mehr als zwei Veranlagungszeiträume Uneinbringlichkeit im Sinne des § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG anzunehmen?

Das Verfahren V R 16/19 war durch Beschluss vom 07.05.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-324/20 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **ErbStG § 10 Abs 5 Nr 3:**
Beerdigungskosten, Sterbegeld, Nachlassverbindlichkeit, Erbschaftsteuer

Bundesfinanzhof Az: II R 31/21

Ist auch der Teil der Beerdigungskosten als Nachlassverbindlichkeiten i. S. des § 10 Abs. 5 Nr. 3 ErbStG abzugsfähig, welcher seitens einer Sterbegeldversicherung beglichen wurde, da eine vorherige Abtretung des Bezugsrechts erfolgte?

- **ErbStG § 10 Abs 5 Nr 3:**
Beerdigungskosten, Sterbegeld, Nachlassverbindlichkeit, Erbschaftsteuer

Bundesfinanzhof Az: II R 32/21

Ist auch der Teil der Beerdigungskosten als Nachlassverbindlichkeiten i. S. des § 10 Abs. 5 Nr. 3 ErbStG abzugsfähig, welcher seitens einer Sterbegeldversicherung beglichen wurde, da eine vorherige Abtretung des Bezugsrechts erfolgte?

- **ErbStG § 13b Abs 4 Nr 1:**
Gesonderte Feststellung, Erbschaftsteuer, Parkplatz, Grundstück

Bundesfinanzhof Az: II R 27/21

Verwaltungsvermögen i. S. des § 13b Abs. 4 Nr. 1 ErbStG: Ist § 13b Abs. 4 Nr. 1 ErbStG einschränkend auszulegen, sodass es sich bei einem Grundstück, auf welchem ein Parkhaus betrieben wird, nicht um Verwaltungsvermögen handelt, da die Grundstücksüberlassung bei einem Parkhausbetrieb den Hauptzweck der unternehmerischen Tätigkeit darstellt?

■ **ESTG § 10a Abs 2:**

Günstigerprüfung, Altersvorsorge, Vorsorgeaufwendungen, Sonderausgabe, Altersvorsorgezulage, Steuerermäßigung, Handwerkerleistung

Bundesfinanzhof Az: X R 11/21

Wie ist die Günstigerprüfung gemäß § 10a Abs. 2 EStG zwischen der Berücksichtigung der Altersvorsorgeaufwendungen und des Altersvorsorgezulagenanspruchs durchzuführen (Abzug der Steuerermäßigung nach § 35a EStG vor oder nach der Hinzurechnung der Altersvorsorgezulage auf die tarifliche Einkommensteuer)? Auslegung des Grundsatzes der Meistbegünstigung?

■ **ESTG § 17 Abs 2a S 3 Nr 2:**

Gesellschafter, Darlehen, Insolvenz, Nachträgliche Anschaffungskosten, Auflösungsverlust

Bundesfinanzhof Az: IX R 21/21

Mit welchem Wertansatz möchte der Gesetzgeber nachträgliche Anschaffungskosten beim Stehenlassen eines Darlehens in der Krise der Gesellschaft im eingefügten § 17 Abs. 2a EStG berücksichtigen?

Gelten die bisher in der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze in diesem Zusammenhang fort (Berücksichtigung des Darlehens als nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe der Werthaltigkeit, die zum Zeitpunkt besteht, in dem der Gesellschafter es mit Rücksicht auf das Gesellschaftsverhältnis nicht abzieht.)?

■ **ESTG § 20 Abs 1 Nr 7:**

Darlehen, Widerruf, Zinsen, Vergleich

Bundesfinanzhof Az: VIII R 21/21

Handelt es sich bei dem im Rahmen der Rückabwicklung eines Verbraucherkreditvertrags von der Bank aufgrund eines Vergleichs gezahlten Nutzungsentgelt um steuerpflichtige Kapitalerträge?

■ **ESTG § 33 Abs 1:**

Außergewöhnliche Belastung, Nachweis, Krankheit, Anerkennung, Wissenschaft

Bundesfinanzhof Az: VI R 18/21

Handelt es sich bei der Liposuktion um eine im Streitjahr 2018 wissenschaftlich anerkannte Methode zur Behandlung eines Lipödems, insbesondere im Hinblick auf die QS-RL Liposuktion des G-BA vom 19.09.2019, so dass die entsprechenden Aufwendungen ohne die Nachweiserfordernisse des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. f EStDV als außergewöhnliche Belastung abziehbar sind?

■ **ESTG § 33a Abs 1 S 4:**

Außergewöhnliche Belastung, Unterhalt, Bedürftigkeit, Kind, Geringes Vermögen, Schonvermögen

Bundesfinanzhof Az: VI R 21/21

Stellt die Definition eines geringen Vermögens für die Zwecke des § 33a Abs. 1 EStG auch im Jahr 2019 i.d.R. nur eine Betragshöhe bis 15.500 Euro dar (siehe R 33a.1 Abs. 2 EStR), der bei der Bedürftigkeitsprüfung i.S. des § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG zugrunde zu legen ist? Ist die seit 1975 unveränderte Vermögensgröße aufgrund des Kaufkraftverlusts anzupassen?

Im konkreten Streitfall bewegt sich das Vermögen des Unterhaltsempfängers leicht oberhalb des Schonvermögens in Höhe von 15.500 Euro.

■ **ESTG § 34 Abs 1:**

Zufluss, Zusammenballung, Pensionszusage, Tarifiermäßigung, Außerordentliche Einkünfte, Arbeitnehmer

Bundesfinanzhof Az: VI R 19/21

Kann eine Kapitalauszahlung aus einer Pensionszusage, die abweichend vom Vereinbarten in eine Hauptzahlung und verschiedene Restzahlungen aufgeteilt und in mehreren aufeinanderfolgenden Veranlagungszeiträumen ausgezahlt wird, ermäßigt nach § 34 Abs. 1 EStG besteuert werden?

■ **ESTG § 9 Abs 1 S 1:**

Soldat, Rechtsanwaltskosten, Veranlassungszusammenhang, Kosten der privaten Lebensführung, Disziplinarverfahren

Bundesfinanzhof Az: VI R 16/21

Können Aufwendungen für Rechtsanwaltskosten eines Soldaten, die ihm für die rechtliche Vertretung in einem gerichtlichen Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung entstanden sind, welches im Wesentlichen aufgrund der Verletzung von Dienstpflichten

durch private Postings auf einem Social-Media-Kanal eröffnet wurde, als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit abgezogen werden?

■ **KN Pos 8517 UPos 7011:**

Zolltarif, Antennen, Router, lokale Netzwerke, LAN, WAN, kombinierte Nomenklatur

Europäischer Gerichtshof Az: C-542/21

Vorabentscheidungsersuchen der Augstaka tiesa (Senats) (Lettland), eingereicht am 30. August 2021, zu folgender Frage:

Ist die Kombinierte Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif in der durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 927/2012 der Kommission vom 9. Oktober 2012 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1001/2013 der Kommission vom 4. Oktober 2013 geänderten Fassung dahin auszulegen, dass Antennen für Router für lokale Netzwerke (LAN) und/oder Weitverkehrsnetzwerke (WAN) in die Unterposition 8517 70 11 der Kombinierten Nomenklatur eingereicht werden können?

■ **KStG § 34 Abs 7 S 8 Nr 2:**

Anfechtbarkeit, Anfechtung, Blockwahlrecht, Korb II-Gesetz, Körperschaftsteuer, Treu und Glauben, Unwiderruflichkeit, Verfassung, Vertrauensschutz, Wahlrecht, Wahlrechtsausübung, Widerruf, Öffentlich-rechtliche Willenserklärung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 1441/21

Kein Widerruf des Wahlrechts nach § 34 Abs. 7 Satz 8 Nr. 2 KStG 2002 i.d.F. des sog. Korb II-Gesetzes

--Verfassungsbeschwerde--

■ **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**

Vorsteuerabzug, Photovoltaik, Unternehmerische Nutzung, Zuordnung, Zeitpunkt

Bundesfinanzhof Az: XI R 29/21

Zuordnung einer Photovoltaikanlage zum Unternehmensvermögen und Mitteilung der Zuordnungsentscheidung an das zuständige Finanzamt Muss die Zuordnungsentscheidung dem zuständigen Finanzamt bis zur gesetzlichen Abgabefrist der betreffenden Steuererklärung mitgeteilt werden (Abschn. 15.2c Abs. 16 Satz 5 UStAE)?

Das Verfahren XI R 7/19 war durch Beschluss vom 18.09.2019 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-45/20 und C-46/20 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

■ **UStG § 4 Nr 14:**

Umsatzsteuerbefreiung, Heilbehandlung

Bundesfinanzhof Az: XI R 17/21

Unter welchen Voraussetzungen stellt ein durch einen Arzt bei verschiedenen Formen der Alopezie bei Frauen und Männern vorgenommener Eingriff in Gestalt einer Haarwurzeltransplantation eine umsatzsteuerfreie Heilbehandlung dar?

■ **UStG § 4 Nr 20 Buchst a:**

Steuerbefreiung, Einrichtung, Kulturgut, Unterricht

Bundesfinanzhof Az: XI R 30/21

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Umsätzen aus der Tätigkeit als Gästeführer in einem Museum: 1. Kann der Gästeführer eines Museums, das als Einrichtung i.S. des § 4 Nr. 20 Buchst. a UStG anzusehen ist, auch als Einzelperson für die Umsätze aus den dort getätigten Führungen die Steuerbefreiung des § 4 Nr. 20 Buchst. a UStG in Anspruch nehmen bzw. kann er sich unmittelbar auf die Steuerbefreiung des Art. 132 Abs. 1 Buchst. n MwStSystRL berufen? 2. Stellen Führungen zu industriegeschichtlichen und sozial-kulturellen Themen Schulunterricht i.S. des Art. 132 Abs. 1 Buchst. i MwStSystRL dar?

Das Verfahren XI R 37/18 war durch Beschluss vom 28.08.2019 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

■ **UStG § 4 Nr 21 Buchst a:**

Unterricht, Steuerfreiheit, Unionsrecht, Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Bundesfinanzhof Az: V R 31/21

1. Sind Umsätze einer GbR aus dem Betrieb einer Schwimmschule nach nationalem Umsatzsteuerrecht steuerfrei? 2. Ergibt sich die Steuerbefreiung der Umsätze aus Kinderschwimmkursen aus Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL (ist die Vermittlung grundlegender Schwimmtechniken Schulunterricht?)? 3. Findet die Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL nicht nur für den von einem Einzelunternehmer, sondern auch für den durch die Gesellschafter einer GbR erteilten Unterricht Anwendung?

Das Verfahren V R 32/18 war durch Beschluss vom 27.03.2019 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 4 Nr 21 Buchst a:**
Steuerfreiheit, Schwimmbad, Kurs

Bundesfinanzhof Az: V R 35/21

Sind Umsätze aus der Durchführung von Schwimmkursen für Kinder unter 3 Jahren umsatzsteuerfrei?

Das Verfahren V R 35/19 ruhte gemäß Beschluss vom 10.06.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 4 Nr 21 Buchst b:**
Steuerbefreiung, Unterricht, Lehrer, Sport

Bundesfinanzhof Az: XI R 31/21

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Leistungen eines Judotrainers an einer privaten Sportschule
Sind die Leistungen eines Judotrainers an einer privaten Sportschule umsatzsteuerfrei? Handelt es sich um Leistungen im Rahmen der Erziehung von Kindern bzw. um Schulunterricht und Aus- und Fortbildung von Kindern i.S. des Art. 132 Abs. 1 Buchst. i MwStSystRL sowie um Schulunterricht eines Privatlehrers i.S. des Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL?

Das Verfahren XI R 6/18 ruhte gemäß Beschluss vom 15.01.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in den Verfahren C-488/18 und C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 4 Nr 22 Buchst a:**
Steuerfreier Umsatz, Steuerfreiheit, Prüfung

Bundesfinanzhof Az: V R 32/21

Sind die Umsätze aus der Durchführung von Ortskundeprüfungen für angehende Taxifahrer nach § 4 Nr. 22 Buchst. a UStG umsatzsteuerfrei?

Das Verfahren V R 31/17 ruhte gemäß Beschluss vom 25.06.2019 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 4 Nr 22 Buchst a:**
Umsatzsteuerbefreiung, Kurs, Unterricht

Bundesfinanzhof Az: V R 33/21

Unterliegen die Umsätze eines gemeinnützigen Vereins aus dem Unterricht für Fahr-sicherheitstraining der Umsatzsteuer oder ist die Umsatzsteuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 22 Buchst. a anzuwenden?

Das Verfahren V R 26/18 ruhte gemäß Beschluss vom 05.03.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 4 Nr 22 Buchst a:**
Steuerbefreiung, Einrichtung, Öffentlich, Privat

Bundesfinanzhof Az: V R 34/21

Sind die Art. 132 Abs. 1 Buchst. i, 133 und 134 MwStSystRL dahin auszulegen, dass private Einrichtungen nur dann Einrichtungen des öffentlichen Rechts i.S.d. Art. 132 Abs. 1 Buchst. i MwStSystRL vergleichbar sind und von der Umsatzsteuer befreit werden dürfen, wenn diese privaten Einrichtungen Bildungsdienstleistungen erbringen, die auch von Einrichtungen des öffentlichen Rechts erbracht werden, oder scheidet eine Freistellung von der Umsatzsteuer dann aus, wenn öffentlich-rechtliche Einrichtungen entsprechende Bildungsdienstleistungen, wie sie die private Einrichtung erbringt, nicht leisten?

Das Verfahren V R 15/19 ruhte gemäß Beschluss vom 05.02.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-373/19. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.